

TAGUNGSBERICHTE

Die Kommunikation intermediärer Akteure: Facebook, Twitter – und was noch?

Bericht über die Tagung „Intermediäre Akteure im Wandel. Parteien, Verbände, Interessengruppen und soziale Bewegungen vor neuen kommunikativen Herausforderungen“

Zürich, Schweiz, 9.–11. Februar 2012

von Christiane Hauser, ITAS

Parteien, Verbände, Interessengruppen oder soziale Bewegungen, die sog. intermediären Akteure, befinden sich mitten in Wandlungsprozessen, die durch zunehmende Legitimationszweifel der Öffentlichkeit gegenüber diesen Institutionen sowie die Einsicht, dass Kommunikation für die Erlangung von Legitimation wichtiger denn je ist, getrieben werden. Näher zu beleuchten, welchen v. a. kommunikativen Herausforderungen intermediäre Akteure in dieser Situation gegenüberstehen und wie sie diese bewältigen, war Anliegen der gemeinsamen Jahrestagung der Fachgruppe „Kommunikation und Politik“ der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft, des Arbeitskreises „Politik und Kommunikation“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft sowie der Fachgruppe „Politische Kommunikation“ der Schweizerischen Gesellschaft für Kommunikations- und Medienwissenschaft, die vom 9. bis 11. Februar 2012 an der Universität Zürich stattfand.

1 Medien als Resonanzboden und Generator gesellschaftlichen Wandels – der Keynote-Vortrag

Bereits im Keynote-Vortrag zum Auftakt der Veranstaltung betonte Ulrich Sarcinelli (Universität Koblenz-Landau) die Rolle von intermediären Akteuren im Prozess gesellschaftlichen Wandels, in dem sie zugleich Subjekte wie auch Objekte sind. Für die prognostizierten wachsenden Legitimitäts-

zweifel sah er drei Ursachenfelder: (1) den Wandel der politischen Kultur, mit abnehmender Organisationsbindung und damit einhergehender Konzentration auf ein „Publikum der Wahl“, (2) den Wandel der Staatlichkeit, in dem Kommunikation und Verhandlungen eine größere Rolle spielen und der Staat als ein Akteur unter anderen handelt, und (3) den Wandel in der Medienwelt, in der erfolgreiche Kommunikation wichtiger denn je und zugleich Medienresonanz immer schwerer kalkulierbar ist. Hier stellte Sarcinelli eine Reihe von Schlagworten gegenüber, mit denen der mediale Wandel beschrieben wird: Entkopplung vs. Symbiose von Politik und Medien, Professionalisierung des „Kommunikationsgewerbes“ vs. Deprofessionalisierung des politischen Journalismus, Orientierung an Nachrichtenwerten vs. Publikumsorientierung. Prägend für aktuelle Entwicklungen in der Medienwelt seien Social-Media-Anwendungen wie Facebook oder Twitter, die er als „Mitmachplattformen und/oder Spielwiese“ bezeichnete. Für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den vorgenannten Prozessen schlug er vor, Medien auch konzeptionell sowohl als Resonanzboden als auch als Generator gesellschaftlichen Wandels zu betrachten und die vermeintlich klare Trennung zwischen Politik und Kommunikation aufzuheben. Darüber hinaus regte er an, institutionelle Kontexte, insbesondere auch die Eigenlogiken von Medien und Politik, stärker zu berücksichtigen und das sog. Repräsentationsparadox zu beachten, dass davon ausgeht, dass mehr Partizipation möglicherweise zu weniger verwirklichter Demokratie führt, weil Prozesse wie Eigenselektion oder das Wirken sozialer Filter bestimmte Akteure stärker zu Wort kommen lassen als andere.

2 Viele Ansätze, wenige Themen – die Panels

In den folgenden fünf Panels der Tagung wurden schwerpunktmäßig v. a. die von Sarcinelli bereits erwähnten Social-Media-Anwendungen und deren Nutzung durch verschiedene intermediäre Akteure empirisch und konzeptionell beleuchtet; daneben spielte aber auch die Untersuchung „klassischer“ Kommunikationskanäle eine Rolle. So beschäftigte sich das erste Panel mit intermediären Akteuren und Massenmedien. Ein interessanter Beitrag mit Bezügen zur TA- und STS-Forschung

kam von Marco Bräuer und Jens Wolling (TU Ilmenau), die im Rahmen eines DFG-Projekts die massenmediale Präsenz von Bürgerinitiativen gegen Höchstspannungsleitungen in Thüringen und Niedersachsen untersuchten und (erneut) feststellten, dass Protestereignisse in der Regel nur selten in Massenmedien vorkommen. Wenn dies aber der Fall ist, dann erfolgt die Berichterstattung stark verkürzt. Viele Bürgerinitiativen reagieren darauf mit stärkerer Konzentration auf interpersonale Kommunikation und Sichtbarkeit in der betroffenen Region. Viele versuchen aber auch, weg von der Protestidee „Not In My Back Yard“ (NIMBY) hin zum übergreifenderen „Not On Planet Earth“ (NOPE) zu kommunizieren. (Überregionale) Massenmedien, so konstatieren die Autoren, bieten dafür oft keine Gelegenheitsstrukturen, sondern berichten meist nach wie vor im „NIMBY“-Stil. Allgemein wurde hier wie auch in den Beiträgen von Hannah Schmid (Universität Bern) und Franziska Oehmer (Universität Zürich) auf bekannte Phänomene hingewiesen: Vergleicht man den medialen Input von Institutionen (etwa über Pressemitteilungen o. Ä.) und den Tenor der Medienberichterstattung, so findet man meist eine Vereinfachung politischer Standpunkte; die betroffenen Akteure konstatieren gar eine Verfälschung ihrer Positionen, d. h. differenzierte politische Kommunikation kommt in den Medien häufig nicht an. Das was man positiv gewendet als Strukturierungsleistung der Massenmedien beschreiben kann, birgt – negativ formuliert – die Gefahr der Instrumentalisierung.

Die folgenden drei Panels beschäftigten sich alle mit Social-Media-Anwendungen, sei es unter dem Gesichtspunkt der Medialisierung, mit einem Fokus auf die Verankerung von intermediären Akteuren im politischen Diskurs oder als Instrument der Binnenkommunikation dieser Akteure. Dabei wurde immer wieder festgestellt, dass Social-Media-Seiten von den Akteuren selbst oft lediglich als „verlängerter Arm“ der traditionellen Pressearbeit begriffen werden und v. a. der Informationsweitergabe dienen. Die konzeptionell angedachte aktive zweiseitige Kommunikation findet dagegen kaum statt. Während die Webseiten der Akteure mittlerweile die meistgenutzte und besuchte Plattform darstellen, wird den Web 2.0-Anwendungen zwar durch die Akteure selbst

eine hohe Bedeutung zugeschrieben, diese werden aber kaum genutzt. Viel wichtiger scheint dagegen, so der Tenor der Diskussion, die interpersonale Kommunikation der intermediären Akteure auf hohem Niveau zu sein. Einige wenige, v. a. große Verbände bilden hier die Ausnahme und lassen sich nach einem Konzept von Frank Marcinkowski (Universität Münster) als „Inseln der Medialisierung“ bezeichnen.

Interessant war die Diskussion, die sich an einen Beitrag von Ulrike Klinger (Universität Zürich) anschloss: Das gängige Konzept von „der Medienlogik“ wurde hier hinterfragt und der Idee von verschiedenen Medienlogiken gegenübergestellt. Dabei gelte, so Klinger, gerade bei Social-Media-Netzwerken eher eine virale Logik: Vernetztheit und aktive Kommunikation stehen ebenso wie Partizipation im Vordergrund, die Nutzer kommen zu konkreten Themen- und Versammlungsöffentlichkeiten zusammen und fragen Informationen oder Meinungen aktiv nach (sog. Pull-Medien im Gegensatz zu den massenmedialen Push-Medien). Daraus abgeleitet wurde im Laufe der Tagung immer wieder auch kritisch hinterfragt, inwieweit gängige kommunikations- und medienwissenschaftliche Ansätze und Methoden auf die Untersuchung von Social-Media-Anwendungen übertragen werden können. Gerade was die später konstatierten sehr ähnlichen Nutzungsmuster angeht, könne es sich dabei auch gut um Artefakte handeln, die man z. B. mit der Anwendung von Fragebögen, die an gebräuchliche Nutzerbefragungen angelehnt sind, erzeuge.

Mit der Frage des Zugangs von intermediären Akteuren zum politischen System und damit letztlich der Frage nach dem politischen Einfluss beschäftigten sich Maria Löblich und Manuel Wendelin (LMU München) in ihrem Vortrag „Von Computerfreaks zu Politikberatern. Netzpolitikaktivisten und ihr Zugang zum politischen System“, in dem sie zum Schluss kamen, dass die Macht intermediärer Akteure neben ihren konkreten inhaltlichen Standpunkten v. a. auch vom aktuellen politischen Kontext, von Gelegenheiten und verantwortlichen Personen sowie den Akteurskonstellationen in einem Feld abhängig ist. Das dabei verwendete Modell zu politischem Kontext und Gelegenheiten von Hanspeter Krie-

si erwies sich in diesem Fall als tragfähig und gewinnbringend.

Wie schon in vorherigen Beiträgen immer wieder konstatiert, fiel auch bei der Analyse der Binnenkommunikation auf, dass Social-Media-Anwendungen zwar generell eine große Rolle zugewiesen wird, aber auch hier lediglich das allgemeine professionelle Kommunikationsmanagement fortgesetzt wird. Neben klar sichtbaren Hierarchien vermischen sich zudem durch die freie Zugänglichkeit der meisten Social-Media-Plattformen Außen- und Binnenkommunikation. Ein weiteres Instrument, mit dem intermediäre Akteure im Internet experimentieren, sind sog. Entscheidungsplattformen. Katharina Hanel und Stefan Marschall (Universität Düsseldorf) stellen exemplarisch die Initiative der SPD vor, im Vorfeld eines Bundesparteitags ein Kapitel eines Leittrags mithilfe der kollaborativen Plattform „Adhocracy“ zu schreiben. Bei diesem von der Parteiführung initiierten und moderierten Verfahren hatten Nutzer die Möglichkeit, über einen Zeitraum von sechs Wochen Vorschläge für Textbausteine zu machen, diese Vorschläge zu kommentieren und über sie abzustimmen. Viele der angemeldeten Nutzer machten von diesen Möglichkeiten keinerlei Gebrauch, sondern lassen lediglich passiv mit. Die Mehrzahl der von den Nutzern positiv bewerteten Vorschläge findet sich tatsächlich in der ein oder anderen Form im Antragskapitel wieder, allerdings gibt es eben auch Vorschläge, die dort nicht erscheinen, entgegen des Versprechens, alle Beiträge mit mehr „Pro“- als „Contra“-Stimmen aufzunehmen. Für die beiden Autoren entstand der Eindruck einer recht starken Steuerung des Prozesses durch die Parteiverantwortlichen – mangels Transparenz blieb das genaue Prozedere aber unklar. In der sich anschließenden Diskussion wurde die These formuliert, dass wissensbasierte Anwendungen (wie etwa Wikipedia etc.) gut über das Internet organisiert werden können. Sobald es aber um die Aushandlung von Normen und Werten geht (etwa für ein Parteiprogramm), seien scheinbar doch eher Präsenzöffentlichkeiten notwendig.

Den einzigen Blick auf die Nutzerperspektive warfen Anne Schulze und Joachim Preusse (Universität Münster) am Beispiel der Facebook-Seiten von NGOs. Sie bestätigten was auch die

anderen Referentinnen und Referenten immer wieder feststellen mussten: Die Rezipienten sind überwiegend auf der Suche nach Informationen; die konzeptionell angelegten Möglichkeiten des Austauschs und der Selbstdarstellung werden zwar auch genutzt, aber in deutlich geringerem Umfang. Dies traf v. a. auf Mitglieder der NGOs bzw. in den NGOs Engagierte zu, die vermutlich eher interpersonale Kommunikation pflegen und in der realen Welt ausreichend vernetzt sind. Nichtmitglieder dagegen verstehen sich offenbar mehr als Dialogpartner und Herausforderer. Kennen Nutzer das Facebook-Profil einer NGO, dann ändert sich eher ihre Meinung (positiv) über diese Institution als dass ihre Handlungsbereitschaft steigt.

Die letzten beiden Panels warfen einen Blick nach Europa, der aber wenig Neues zutage förderte, und auf „neue intermediäre Akteure“. Hier wurde im ersten Beitrag diskutiert, inwieweit Kommunikationsagenturen politische Kommunikation im Auftrag von Parteien o. Ä. auch in der Öffentlichkeit (und nicht nur im Hintergrund oder konzeptionell) betreiben können (Stephanie Opitz und Gerhard Vowe, Universität Düsseldorf). Sebastian Schwark, Thies Clausen und Rene Mono (alle Berlin) argumentierten abschließend, dass (v. a. global aufgestellte) Unternehmen zunehmend auch als politische Akteure kommunizieren und agieren werden und sich damit weg von traditionellen intermediären Akteuren wie Berufsverbänden bewegen.

3 Ausdifferenzierung statt Krise der intermediären Akteure – das Schlusswort

Otfried Jarren (Universität Zürich) beschloss als Gastgeber die Tagung mit einem kurzen Fazit. Er stellte fest, dass intermediäre Akteure fester Bestandteil unserer gesellschaftlichen Ordnung sind und sich aus seiner Sicht weniger in einer immer wieder beschworenen Krise (Stichwort „Parteien-“, oder „Verbändekrise“) befinden, als vielmehr massiven Ausdifferenzierungsprozessen unterworfen sind. Er konstatierte weiter, dass Gesellschaften die für die Gewährleistung von Mobilität oder für das Schaffen verbindlicher Rahmenbedingungen notwendige Ordnung möglicherweise zunehmend flexibler herstellen müs-

sen – getrieben von Akteuren und gestützt auf (neue) Medientechnologien. Wenn nicht mehr wie bisher wenige große, mehr oder weniger einheitlich auftretende Institutionen diese Aufgabe erfüllen, wachse, so Jarren, die Bedeutung von intermediären Akteuren.

« »

Der Mensch der Zukunft – Hintergründe, Ziele, Probleme des Human Enhancement

Tagung der Universität Leipzig und der
Sächsischen Akademie der Wissenschaften

Leipzig, 17.–18. Februar 2012

von Vera Borrmann, ITAS

1 Hintergrund der Tagung

„Human Enhancement“, die „Verbesserung“ oder Steigerung menschlicher Leistungsfähigkeit, ist ein aktuelles Thema mit zunehmender Brisanz, welches seit einigen Jahren in verschiedenen Kontexten immer häufiger angesprochen wird: Vertreter der Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie der Geistes- und Sozialwissenschaften, aber auch der Technologiepolitik, Politikberatung und Technikfolgenabschätzung sowie verschiedene „Stakeholder“ (wie kirchliche Organisationen) befassen sich trans- und interdisziplinär mit diesem Thema. Über die akademische Auseinandersetzung hinaus wird mittlerweile auch in den Massenmedien kontrovers darüber diskutiert. Dabei wird nicht nur über den Status quo und die nähere Zukunft, sondern auch über ideengeschichtliche Verortungen und futuristische Aspekte des Themas debattiert. Dies wurde auch in der Einführungsrede der Leipziger Tagung durch Udo Ebert (Universität Jena) betont – einer Tagung, die vom „Karl-Sudhoff-Institut für Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften“ der Universität Leipzig und der Kommission „Wissenschaft und Werte“ der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig veranstaltet wurde. Wegbereitende, gesellschaftsrelevante Themen der heutigen Debatte

sind physische und kognitive Möglichkeiten der Leistungssteigerung, insbesondere mit Blick auf Sport und Hirnforschung. Die weiter reichenden Perspektiven werden oft an dem Stichwort „Nanotechnologie“ festgemacht bzw. an der postulierten Annäherung („Konvergenz“) der Nano-, Bio- und Informationstechnologien sowie der Kognitionswissenschaften und Neurotechnologien („converging technologies“); im Fokus stehen hierbei medizinische Anwendungen.

2 Menschenbilder, Normativität und ethische Probleme

Schwierigkeiten in der ethisch-moralischen Dimension der Debatte ergeben sich immer wieder aus der fehlenden Definition oder Eingrenzung der Termini „Enhancement“ und „Norm“, v. a. im Bezug auf die Gesundheit eines Menschen. Auch darüber, ob bereits bei einer Therapie zur Wiederherstellung eines „normalen“ Gesundheitszustandes eines Menschen von „Enhancement“ gesprochen werden darf oder ob dieser Begriff erst im Zusammenhang mit nicht therapeutischer Leistungssteigerung zu gebrauchen ist, herrscht kein Konsens, weder in einer wissenschaftlichen Disziplin noch fachübergreifend. Dies zeigte sich auch in Leipzig, wo sowohl Sprecher als auch Teilnehmer aus vielen verschiedenen Wissenschaften und Berufen zusammenkamen, also ein stark interdisziplinärer Diskurs geführt wurde. So war die Diskussion zwar sehr lebendig, eine Beziehung zwischen den Wortmeldungen herzustellen war aufgrund des Fehlens einer gemeinsamen Begriffsgrundlage jedoch oft schwierig. Auch die Definition von „Enhancement“ als eine Emanzipation von physischer und psychischer Natur umgeht dieses Problem nicht, und der Begriff der „Verbesserung“ bleibt ohnehin immer Auslegungssache (Armin Grunwald, ITAS). „Das“ Menschenbild, welches nur einer Norm entspricht, existiert ebenfalls nicht, da es sich bei Menschenbildern um soziokulturelle Konstrukte handelt, welche unter dem Problem der Beliebigkeit leiden können (Richard Saage, Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig). Aufgrund dieser Problematik können bisher keine starken Argumente gegen Enhancement vorgebracht werden (Grunwald) bzw. ist grundsätzlich nichts gegen Enhancement einzuwenden